



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Klassentampf und gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgeber, Staat und Gesetzgebung wahrzunehmen. Diese Aufgabe suchen sie dadurch zu erfüllen, daß sie die Arbeiter zum gemeinsamen Vorgehen sammeln, um den Ertrag ihrer Arbeit zu steigern, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, die erworbenen Vorteile zu sichern und Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen sowie sozialen Lage abzuwehren. Daneben sind die Gewerkschaften bestrebt, die geistigen Kräfte der Arbeiter zu schulen, ihnen die erforderliche Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zu vermitteln. Der Zweck dieser Tätigkeit ist die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, die Erämpfung der Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft.

Das ist eine realpolitische Tätigkeit - Gegenwartswartarbeit - zugleich jedoch notwendige Vorarbeit zur Bewirtlichung der sozialistischen Bestrebungen auf Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an deren Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung treten soll. Dadurch, daß die freien Gewerkschaften dieses Ziel bezweckt verfolgen, unterstützen sie sich von den übrigen Gewerkschaftsrichtungen, die noch im bürgerlichen Fahrwasser liegen. Auch diese treten angeblich für die wirtschaftliche und soziale Hebung der Arbeiter ein. Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehend, lehnen sie aber den Klassentampf ab und glauben die zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Gegensätze durch schließliche Verständigung überbrücken zu können. Das ist ein Irrtum. Auf diesem Wege wird nie eine wesentliche Besserung der Lage der Arbeiter zu erreichen sein, ihre Heraushebung aus der bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit gelingen. Solange die heutige Gesellschaftsordnung besteht, wird der Knecht immer Knecht bleiben, woran ein etwas höherer Lohn und etwas größere Bewegungsfreiheit nichts zu ändern vermag. Die Klagengegenstände bleiben bestehen und damit trotz aller Ablehnungen als unabwendbare Folge der Klassentampf.

Soweit wir in der Geschichte der Menschheit zurückblicken, stoßen wir überall auf nationale und soziale Kämpfe. In den Anfängen der Geschichte sind es zunächst die kleinsten selbständigen Stammesgruppen, die sich bekämpfen, in der Regel um die Erweiterung des Nahrungsgebietes oder zur Aneignung fremder Arbeit. Bei den späteren Staatenbildungen begegnen wir den gleichen Erscheinungen. Zugleich aber macht sich selbst bei der einfachsten Organisation der Gesellschaft innerhalb ihres Bereichs die Bildung von Gruppen mit verschiedenen und zum Teil widerstreitenden Interessen bemerkbar, wie sie vor allem die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse hervorgerufen. Mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung und der in ihr auftretenden ungleichen Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter verschärfen sich diese Gegensätze, scheiden die sich gegenüber stehenden Gruppen immer deutlicher voneinander in Reiche und Arme. Damit ist die Klassenbildung in ihrer einfachsten Form vollzogen, die Grundlage für den im späteren Verlauf der Entwicklung immer bestiger entzündenden Klassentampf gegeben. Reichtum und Armut bedeuten nicht nur Unterschiede in der Lebenshaltung, sondern auch eine sehr verschiedene Rechtsstellung und Lebensauffassung. Das Bestreben der bestehenden Klasse geht dahin, den Besitz unvermindert zu erhalten oder sogar zu vergrößern, die mit dem Besitz verbundenen Rechte auszuüben sowie sich gegen die von einer Aufhebung der Armen und Unterdrückten drohenden Gefahren zu schützen. Am Gegenpol dazu besteht bei den Armen das Bestreben, zu einem Besitz zu kommen, den etwa vorhandenen Zwergbesitz zu erweitern oder den von den Reichen gezahlten Entgelt für die Arbeitsleistung zu erhöhen. Aus diesen Bestrebungen entspringen sich die sozialen Klassenkämpfe, von denen bereits die griechische und römische Geschichte zu melden weiß und bei denen es an harten Zusammenstößen nicht gefehlt hat.

Im Grunde genommen spielt sich der gegenwärtig zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden geführte Klassentampf nicht wesentlich anders ab. Nur die Form ist - entsprechend der komplizierteren Organisation der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Produktionsordnung - eine andere geworden. Die alte Schichtung in Besitzende und Nichtbesitzende ist zwar ebenfalls vorhanden. Daneben besteht aber eine noch weitergehende Differenzierung beider Schichten in eine große Anzahl von Gruppen mit zum Teil sehr voneinander abweichenden Interessen: Kapitalrentner, Finanzkapitalisten, industrielle Unternehmer, agrarische und städtische Grundbesitzer, Handels- und Gewerbebetreibende, freie Berufe, Beamte, Angestellte und Arbeiter. Jede dieser Gruppen, die sich vielfach noch beruflich teilen, ist bestrebt, ihre Interessen wahrzunehmen und vor den anderen zur Geltung zu bringen. Das geht selbstverständlich ohne Kampf nicht ab, der teils politisch, teils wirtschaftlich ausgefochten wird. Auf dieser Klassenteilung beruhen die politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart.

Daß der zwischen Unternehmertum und Arbeiter-schaft geführte Klassentampf schärfer ist als bei den anderen Klassen, hat seine natürliche Ursache in den vorhandenen scharfen wirtschaftlichen Gegensätzen. Besitz und Nichtbesitz treten hier unmittelbar gegenüber. Zugleich ist der Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel Ausbeuter der Arbeitskraft des Arbeiters. Für dieses gibt es keinen Ausweg, um sich dieser Ausbeutung zu entziehen. Er bleibt darauf angewiesen, sein ganzes Leben lang in abhängiger Stellung zu verharren und bei niedrigem Lohn unter Entbehrungen aller Art sein armseliges Leben zu fristen, während sein Ausbeuter ein vielfach üppiges Leben führt und zulehends reicher wird. Das ist nicht immer der Fall, aber doch die Regel. Der auf dem Arbeiter lastende Druck wird um so stärker, je mehr sich der Betrieb des Unternehmers entwickelt, die ursprünglichen persönlichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter aufhören, um in den modernen Großbetrieben völlig zu verschwinden. Hierdurch wird die Unzufriedenheit des Arbeiters erregt und, einmal entfacht, wächst sie, je brutaler Formen seine Ausbeutung annimmt. So bedarf es oft nur noch eines Funken, um sein Klassenbewußtsein zum Erwachen zu bringen, ihn für die Vereinigung mit seinen Klassen-genossen reif zu machen, um mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu führen.

Diesem Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter verdanken die Gewerkschaften ihr Entstehen, ihre Ausbreitung und gegenwärtige Machtstellung. Durch unablässige Agitations-, Aufklärungs- und Erziehungsarbeit haben sie immer weitere Arbeiterkreise zu sich herangezogen, anfänglich noch Widerstrebende und Schwankende für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit, den plan- und zielbewußten Kampf gegen den Kapitalismus gewonnen, ihnen die Ueberzeugung beigebracht, daß die Lage der Arbeiter nur auf diesem Wege gebessert werden kann. In schweren wirtschaftlichen Kämpfen mit dem Unternehmertum, unter harten politischen und gerichtlichen Verfolgungen gelang es ihnen, die praktischen, jedermann offensichtlichen Beweise hierfür zu erbringen. Verkürzung der Arbeitszeit, Schutz der Arbeiter gegen ihr Leben und ihre Gesundheit bedrohenden Gefahren, soziale Einrichtungen, Erweiterung der Arbeiterrechte, Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Lebenshaltung sind die Erfolge der jahrzehntelangen fortgesetzten gewerkschaftlichen Tätigkeit, die sich in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung nur daran voll erkennen lassen, wenn man die Lage der Arbeiter sowie ihre Stellung in Staat und Wirtschaft bei Entstehen der Gewerkschaften mit der gegenwärtigen vergleicht. Die Arbeiter-schaft ist nicht mehr wie vordem lediglich Objekt der Gesetzgebung, sondern ein wirtschaftlicher Faktor geworden, den die herrschenden Gewalten respektieren müssen, an dem sie nicht mehr achtlos vorbeiziehen können. So haben die Gewerkschaften im weitesten Sinne Kulturarbeit geleistet, die sich freilich in ihrer ganzen Fruchtbarkeit erst dann zeigen kann, wenn alle Arbeiter die Notwendig-

keit der Gewerkschaften erkennen und sich ihnen anschließen. Dann werden die Gewerkschaften auch instand sein, ihre höchste Kulturtaufgabe, die Befreiung der Arbeit von der kapitalistischen Lohnnechtschaft zu erfüllen.

Die Teuerung.

Was bedeutet die Teuerung, die in der letzten Zeit in der ganzen Weltwirtschaft und in einzelnen Ländern in besonders hohem Grade aufgetreten ist? Jeder, der von seiner Hände Arbeit oder Kopfarbeit lebt, empfindet die Teuerung mit Recht als ein großes Uebel, das seine seit dem Kriege ansonst verschlechterte Lebenshaltung mit neuer Gefahr bedroht. Die Teuerung als Weitersteigerung, und darüber hinaus die Teuerung in einzelnen Ländern, ist eine verwickelte Angelegenheit, deren Gründe sehr mannigfaltig sind, und die daher nur schwer aus der Welt geschafft werden kann. Von der Teuerung, die von der Valutaseite her kommt und sich in der fortschreitenden Entwertung des Geldes ausdrückt, wollen wir hier nicht reden. Wir wissen wohl, daß die Kaufkraft des Geldes seit dem Kriege viel geringer geworden ist als früher. Für dieselbe Menge Geldes kann man seit dem Kriege weniger kaufen als in der Vorkriegszeit. Auch sind die Folgen der Geldentwertung für die Preisgestaltung bekannt. Bei der Betrachtung der neuen, jüngst bereinigte Teuerungswelle können wir jedoch die Valutafragen füglich ausschalten. Sie kommen heute nur für die Länder in Betracht, welche ihre Stabilisierungstribe - die Befestigung des Geldwertes - noch nicht ganz überwunden haben und wo daher die Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise noch nicht ganz erfolgte. In diesen Ländern, wie in Oesterreich, Belgien usw., steigen die Preise auch aus diesem Grunde. Es gibt aber auch Stabilisierungen, wie in Deutschland, Polen und Ungarn, wo gleich beim Anfang der Stabilisierung die Weltmarktpreise erreicht oder überboten wurden. Uns beschäftigt hier nur die Teuerung der Weltmarktpreise selbst oder die über die Weltmarktpreise hinausgehende Steigerung der Warenpreise.

Wenn in einem gegebenen Zeitpunkt weniger erzeugt und dadurch das Angebot der Waren vermindert wird, so ist die Teuerung nur ein Ausdruck dafür, daß nicht mehr verbraucht werden kann als erzeugt wird. Diese einfache Wahrheit kommt in der kapitalistischen Wirtschaft durch Teuerung zum Ausdruck, die nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung bedeutet, sondern noch andere Folgen hat. Die Verminderung der Produktion kann natürliche und künstliche Ursachen haben. Der schlechte Ernteausfall ist eine natürliche Ursache. Die dadurch hervorgerufene Teuerung bewirkt aber nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung mit Brot, sondern, infolge der verminderten Kaufkraft der Brotkäufer, die einen größeren Teil ihres Einkommens für das teure Brot verwenden müssen, hat sie auch den Rückgang auf anderen Produktionsgebieten zur Folge. Noch schlimmer ist aber die künstliche Einschränkung der Produktion, die in der kapitalistischen Wirtschaft zur Erhöhung der Profite vorgenommen wird. Man schränkt die Produktion absichtlich ein, um das Angebot am Warenmarkt zu vermindern. Zu diesem Zweck ist aber die Ausschaltung des freien Wettbewerbes notwendig. Je mehr das Monopolkapital in Form von Trusten und Kartellen vordringt, um so leichter können Produktions-einschränkungen zur Steigerung der Profite vorgenommen werden. Freilich könnten die Truste und Kartelle durch eine Erweiterung der Produktion und die dadurch bewirkte Senkung der Herstellungskosten unter Umständen noch mehr gewinnen als durch die künstliche Einschränkung der Produktion.

Für das Monopolkapital ist es aber viel bequemer und sicherer, den anderen Weg zu gehen. Um den Weg für eine erweiterte Produktion zu sichern, müssen politische und soziale Vorbedingungen geschaffen werden, wozu sich aber das Monopolkapital nicht aufschwingen kann. Zur Sicherung und Steigerung seiner Macht in der Politik und in der Wirtschaft ist es ihm angenehmer, ein großes Heer zu unterhalten, politische Unsicherheit aufrechtzuerhalten (Imperialismus) und

niedrige Löhne zu zahlen; Umstände, die einer Erweiterung des Absatzes im Wege stehen. Während der großen Weltwirtschaftskrise konnte man feststellen, daß bei der gleichzeitigen Verarmung der Bevölkerung und dem Zusammenkrumpfen des Nationaleinkommens der Anteil des Monopolkapitals an dem Gesamteinkommen des Landes sich sowohl absolut wie relativ erhöht hatte.

Was bedeutet denn die Teuerung? An sich nichts — sie empfängt nur durch Gegenüberstellung mit dem Einkommen ihre Bedeutung. Wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in einem größeren Maße steigen als die Preise der Produktionsmittel für die Landwirtschaft und für die Industriearbeit, so steigt das Einkommen der Landwirte. Sie können trotz der Erhöhung der allgemeinen Preisliste mehr als bisher kaufen. Für diejenigen Schichten aber, welche ihr Einkommen der Teuerung entsprechend nicht zu steigern vermögen, bedeutet die Einschränkung ihres Verbrauchs. Es kann die Einschränkung des Verbrauchs für das ganze Land erfolgen, insofern sich die Weltmarktpreise für die Artikel, die in dieses Land eingeführt werden müssen, wie Getreide, Baumwolle, Kongoalprodukte, steigern. In diesen Fällen muß das ganze Land einen Tribut an die Länder, in denen diese Produkte erzeugt werden, entrichten. Innerhalb des Landes erfolgen aber außerdem noch große Verschiebungen in der Einkommensverteilung. Angesichts der Teuerung sinkt das Realeinkommen einzelner Bevölkerungsschichten, wobei das gesamte Nationaleinkommen sich erhöhen, gleichbleiben oder sinken kann. In letzterem Falle wird das Einkommen dieser Schichten in einem größeren Maße sinken wie das Nationaleinkommen. In diesem Falle muß die eine Schicht gewinnen, was die andere verliert. Von dem Nutznießer der Teuerung, vom Monopolkapital, haben wir bereits gesprochen; in der letzten Zeit sind auch die Landwirte hinzugekommen. Dazu kommt, daß das Leihkapital (Banken usw.), das in den Ländern, wo Geldknappheit herrscht, sich hohe Zinsen für die Darlehen begahnen läßt. Des weiteren trägt die Leberhandnahme des Zwischenhandels zur fortschreitenden Verteuerung bei. Die Spanne zwischen den Erzeuger- und Kleinhandelspreisen wird immer größer, was auf eine Leberhandnahme der unproduktiven Arbeit hinweist. Bei zu hohen Frachtkosten werden die Waren nicht nur unmittelbar verteuert, sondern vielmehr dadurch, daß der Wettbewerb, der zur Senkung der Warenpreise führen kann, auch auf diese Weise erschwert wird.

Die Leidtragenden bei der Teuerung sind aber immer die Festbesoldeten und die Lohnempfänger. Bei dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft kommt nämlich die Anpassung der Gehälter und der Löhne an die Teuerung zu spät und ist unzureichend; sie stößt auf mannigfache Widerstände. Deshalb bildet für diese Schicht der Bevölkerung die Teuerung die größte Sorge. Wie soll man ihr begegnen? Der Käuferstreik kommt schwerlich in Frage. Die Unternehmer, die Rohstoffe und Halbfabrikate kaufen, pflegen in der Zeit der Teuerung noch mehr zu kaufen als sonst, aus Angst vor einer weiteren Preissteigerung. Die Verbraucher sind aber nicht organisiert, und soweit es sich um unentbehrliche Bedarfsartikel handelt, können sie sich des Kaufes nicht enthalten. Es bleibt kein anderer Weg, als Kämpfe für die Erhöhung der Gehälter und Löhne zu führen, eine aufreibende Arbeit, die nie zum vollen Sieg führen kann. Ihr Erfolg ist wesentlich vom Grad der Organisation der Arbeitnehmer abhängig.

Der Staat könnte zur Bekämpfung der Teuerung auf zweierlei Art beitragen: unmittelbar durch seine Steuern, Zoll- und Kreditpolitik, mittelbar aber durch Kontrolle der Preisgestaltung. Was den ersten Punkt anbelangt, so war die Tätigkeit der Staatsmacht in den letzten Jahren keineswegs geeignet, die Teuerung

einzufränken. Wenn man die Steuerwirtschaft der europäischen Staaten überblickt, ist man geradezu erstaunt über die Rückständigkeit und den unsozialen Charakter derselben. Mit Ausnahme von England sind die Steuerysteme fämlicher Länder auf die sozial ungerechtesten Steuern aufgebaut, die der Teuerung und dadurch der Verminderung der Kaufkraft der wirtschaftlich schwächsten Schichten Vorschub leisten. Deutschland hat diesbezüglich eine führende Rolle. Dasselbe gilt für die Zollpolitik mit ihren bösen Wirkungen auf die Teuerung. Dies wird sowohl durch die Verteilung der Machtverhältnisse wie auch durch Bequemlichkeit herbeigeführt. Zölle, Verbrauchs- und Umsatzsteuern sind die bequemsten Mittel zur Geldbeschaffung für den Staat. Die militärischen Ausgaben nehmen in fast allen europäischen Ländern noch riesige Summen in Anspruch. Für Deutschland kommen noch die Reparationslasten verschärfend hinzu. Für Mitteleuropa außerdem noch die erdrückenden Kreditzinsen.

Noch schlimmer steht es um die Preiskontrolle. Nach dem Kriege herrschte Einstimmigkeit über die Forderung des Abbaus der während des Krieges entstandenen Zwangswirtschaft. Nicht ohne Grund. Die Kriegswirtschaft hatte ihre großen Mängel und konnte für den Frieden nicht einfach übernommen werden. Sie ermöglichte große Kriegsgewinne; auch ist es wahr, daß die Festlegung von Höchstpreisen, wenn sie nicht mit der Verteilung der Waren verbunden ist, zum Verschwinden derselben vom Markt und zum Schleichhandel führt. Aus diesem Grunde kann man von den neuerlich erstellten Wucherergesetzen in einzelnen Ländern, die Höchstpreise für gewisse Bedarfsartikel bestimmen, nicht sehr viel erwarten. Trotzdem darf man nicht vergessen, daß die Kriegswirtschaft in mancher Hinsicht viel geleistet hat und die Versorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen durchsetzte. Nicht die Kriegswirtschaft als solche, sondern nur ihre Auswüchse hätten befristet beziehungsweise ihre Wüchse ausgefüllt werden müssen. Heute sind die Kartelle, die während des Krieges durch den Staat gegründet und gefördert, aber auch weitgehend kontrolliert wurden, wieder da, mit dem Unterschied aber, daß hinter ihnen keine wirksame Kontrolle steht. Sie sind in ihrer Preispolitik vollkommen frei und unbehindert. — Der Kampf gegen die Teuerung muß demnach an verschiedenen Fronten geführt werden. Zu seinem Erfolg ist sowohl die Stärkung der außenpolitischen sozialen Bewegung wie eine größere Einschränkung auf die Staatsgewalt notwendig.

Ein genossenschaftlicher Wirtschaftsbund.

ii. Die Entwicklung der Berliner Konsumgenossenschaftlichen Bewegung hatte jahrzehntlang unter den Aufstellungen der ersten Führer der sich entwickelnden politischen Arbeiterbewegung getrieben, wobei Kassalles Kampf für Arbeiter-Produktivgenossenschaften gegen die Schulze-Delitzsche Konsumereinsbewegung eine ausschlaggebende Rolle spielte. Das genossenschaftliche Berlin blieb noch bis zum Jahre 1911 bei den Genossenschaftskreisen Deutschlands bemitleidete und bespöttelte „Nachhut“ der genossenschaftlichen Großstädte wie Hamburg, München, Dresden, Stuttgart usw. Erst im Jahre 1911, 12 Jahre nach der Gründung der heutigen „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend“ trat die genossenschaftlich organisierte „Masse“ mit rund 57 000 Mitgliedern in die Erscheinung. Am Juni 1924 gehörten der Genossenschaft in 55 Groß-Berliner Stadt- und Landgemeinden 163 000 Familien als Mitglieder an, Berlin hat sich endgültig an die Spitze der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands gesetzt. Wohin es auch geht.

Es ist deshalb von allgemeinem Interesse, an Berlin als einem Ausschnitt der deutschen Genossenschaftsbewegung zu zeigen, welche Fülle wirtschaftlicher Kraft in den genossenschaftlichen Organisationen sich sammelt und wie sie nutzbar gemacht werden kann dem wirtschaftlichen Spielraum der arbeitenden Massen.

163 000 Familien, das sind mit den Angehörigen — vier Köpfe auf eine Familie gerechnet — 652 000 Köpfe und

damit eine genossenschaftliche Großstadt für sich. Der Warenumsatz für dieselben vollzieht sich in 173 Lebensmittelabgabestellen, 6 Fleischabgabestellen und 5 Warenhäusern. Er ist für das Jahr 1924 auf etwa 30 Millionen Goldmark anzunehmen, wobei allerdings ein verhältnismäßig geringer Durchschnittsumsatz von nur 184 M. auf die Familie entfällt.

Es ist dies immer noch ein sehr wunder Punkt in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung der Konsumgenossenschaften überhaupt, denn vor dem Kriege gab es eine große Anzahl deutscher Konsumgenossenschaften, deren Durchschnittsumsatz 500 M. betragen hatte. Wobei die geschäftliche Ausdehnung hinsichtlich der Vielseitigkeit der vermittelten Waren durchaus noch nicht den Umfang angenommen hatte, wie es heute allgemein und ganz besonders bei der Konsumgenossenschaft Berlin der Fall ist.

Würden die 163 000 Berliner Genossenschaftsfamilien den Durchschnitt von 500 M. erreichen — wie es leicht möglich wäre, wenn die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Kraftquelle der Genossenschaften von ihren Mitgliedern selbst richtig erkannt und eingeschätzt würde —, so betrüge der Umsatz im Jahre 1924 nicht „lumpige“ 30 Millionen Goldmark, sondern mindestens 80 Millionen. Eine starke Senkung der Löhne würde selbsttätig eintreten und die Konsumgenossenschaft Berlin betäme, wie jede einzelne in Deutschland, die bedeutende finanzielle Mittel in die Hand, daß sie auf die bare Eingahlung von Geschäftsanteilen durch die Mitglieder verzichten und eine Reihe wichtiger Aufgaben in Angriff nehmen könnte, worauf sie heute leider verzichten muß. Wie die meisten deutschen Konsumvereine.

In diesem Zusammenhang muß auch gesagt werden, daß von den Mitgliedern der Konsumvereine selbst die Vermögensbildung der Genossenschaften viel zu wenig gewürdigt wird, weil man nur auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Vorteile zu sehen gewohnt ist und an die größere Bedeutung der postwirtschaftlichen Leistung gar nicht denkt. So erzielte beispielsweise die Konsumgenossenschaft Berlin im Geschäftsjahre 1915/16 bei rund 1 600 000 Goldmark eingezahlter bzw. aufbehaltenen Geschäftsanteile eine Rückvergütung für die Mitglieder von 907 000 Goldmark, außerdem blieb für die Genossenschaft eine Ertrübrigung von 245 000 Goldmark. Das Anlagekapital der Mitglieder, welches zum größten Teil aus den jährlichen Rückvergütungen stammt, hatte sich also in außerordentlicher Weise vermehrt. Und was nun die Vermögensbildung anbelangt, so zeigte sie sich in den finanziellen Ertrübrigungen — d. h. der Leberfuß nach Auszahlung der Guldsumme der Rückvergütung an die Mitglieder —, welche zur Erstellung von Betriebsanlagen, Erweiterung der Betriebe, Bereinigung von Reserve aller Art Verwendung finden.

Diese Ertrübrigungen der Berliner Konsumgenossenschaft betragen in den Geschäftsjahren 1900 bis 1918 rund 9 Millionen Goldmark, die in den riesigen Betriebsanlagen des Vereines in Berlin-Lichtenberg, Tempelhof usw. einen kaum zu schätzenden Anlagensunterricht von der vermögensbildenden Kraft der Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher vermitteln. Ohne die genossenschaftliche Organisation der Groß-Berliner Verbrauchermassen hätten sich die 9 Goldmillionen in den unglücklichen Privatgeschäften „vertrümmelt“ und hätten keine neuen Werte geschaffen, wie es in jeder Konsumgenossenschaft der Fall ist.

Am deutlichsten zeigt sich die genossenschaftliche Vermögensbildung in der Errichtung eigener Produktionsabteilungen ab und dieser Zweig der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsentwicklung zeigt innerlich, daß die Produktivgenossenschaft auf der Grundlage und als Ziel der Konsumgenossenschaft die beste Lösung der Frage bildet: „Konsumgenossenschaft oder Produktionsgenossenschaft?“, wie sie zu Kassalles Zeiten insbesondere die Berliner Arbeiter bewachte. Es heißt die Berliner Konsumgenossenschaft in Lichtenberg neben einer Anzahl sonstiger Eigenbetriebe wohl die umfangreichste Großbetriebe Deutschlands, die im Jahre 1923/24 17 1/2 Millionen Kilogramm Mehl verbrauchte. Es ist Massenerzeugung, die technisch und wirtschaftlich die Leberlegenheit des genossenschaftlichen Großbetriebes gegenüber dem kapitalistischen demonstriert. Und sie bildet wiederum neue Werte für die Allgemeinheit, nicht neues Kapital für neuen Profit, wie im kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe.

Mit rund 2000 Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen wird die Warenversorgung der 163 000 Familien durchgeführt und die Transportmittel für die Warenversorgung von den Zentrals in die Abgabestellen bestehen in nur 38 Lastautomobilen mit 14 Anhängern. Sicherlich eine Ersparnis an Arbeit, Zeit und Geld, welche wiederum der

Theodor York und seine Zeit.

Zum 50. Todestage Theodor Yorks.
Von Karl Zwing, Sena.

Die erste Wera gewerkschaftlicher Organisation*, die im Verlauf der 48er Revolution eingeleitet hatte, war mit der darauffolgenden Reaktionsperiode zum Stillstand gekommen und hatte schließlich ganz aufgehört. Das dieser Zeit dann folgende Jahrzehnt mit seinem großen wirtschaftlichen Aufschwung war, neben dem politischen Druck, dem Wideraustreten des Organisationsgedankens auch nicht günstig gewesen. Erst die 60er Jahre des verflochtenen Jahrhunderts brachten darin einen Umchwung. Zunächst wurde die Arbeiterklasse von dem politischen Organisationsgedanken befreit. Über der gewerkschaftliche Organisationsgedanken folgte dem politischen auf dem Fuße. Es ist äußerst charakteristisch für die deutsche Arbeiterbewegung, daß die ersten Gewerkschaften nicht aus den einzelnen Berufen selbst heraus entwickelten, sondern von den politischen Parteien gegründet wurden — von den beiden sozialistischen Richtungen (Kassalle und Bebel-Giebtsch), dann von der Fortschrittspartei (Stich-Duncker). Eine Ausnahme machten nur die Berufsverbände der Buchdrucker, Schneider und der Tabakarbeiter, die, antizipierend an ihre Organisationen von 1848, selbständig die Initiative ergriffen. Die interessanten Motive der politischen Parteien zur Gründung der Gewerkschaften wöhlen wir in diesem Zusammenhang nicht erörtern. Mancherlei politische Konjunkturgründe gehörten bei den Kassallekernern und der Fortschrittspartei mit zu den Motiven.

* Ueber diese Periode siehe: Dr. Max Quard, Die erste deutsch. Arbeiterbewegung 1848/49. (Verlag C. A. Stiefel, Leipzig.) Dann Gewerkschaftsarchiv Nr. 8, 1924, S. 416; Stephan Born und die Arbeiterverbrüderung,

Kassalle lehnte mit seiner Doktrin des ehernen Lohngesetzes den Gewerkschaftsgedanken ab. Diese Doktrin sagte den Arbeitern, daß es ein ehernes ökonomisches Gesetz sei, „daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Orte gewohnheitsmäßig zur Frhaltung der Existenz und zur Fortpflanzung nöthig ist“. Die logische Folge dieser Doktrin war, daß Kassalle die Arbeiter in eigene Unternehmer verwandeln mußte: Daher die Forderung der Produktiv-Genossenschaften mit Staatshilfe. Die Selbsthilfe und eigene Kraft der Arbeiterklasse hätte im Kassalle'schen System nur eine sehr untergeordnete Rolle. Durch Arbeitsstellenstellungen die ökonomische Lage zu verbessern, dieses hervorragende Kampfmittel konnte im Kassalle'schen System dann auch keinen Platz haben. Der bedeutendste Vertreter der Kassalle'schen Theorie nach dessen Tode, Jean Baptiste Schwelger, sah in dem Streik nur ein „vorläufiges Mittel, die Arbeiterbewegung zum Ausbruch zu bringen“, aber hielt den Streik ökonomisch notwendig für erfolglos. Die politische Organisation der Kassalleaner war auf diese Doktrin festgelegt. Aber trotzdem ein Schwelger und ein anderer Kassalleaner, Friliche, im August 1868 dazu über, Gewerkschaften, die sogenannten „Arbeitervereine“, ins Leben zu rufen. Es wird von der Geschichtsschreibung vielfach angenommen, um den Bestrebungen Bebel-Giebtsch's damit vorzugutommen. Auf einem Arbeiterkongress im Oktober 1868 wurde beschlossen, die Arbeitervereine in 32 Vereine zu gliedern. Strenge Zentralisation wurde durchgeführt. Mit dem Anschluß dieser „Arbeitervereine“ an die politische Partei, den „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine“, wurde das Wesen der Gewerkschaften vollständig inaktiviert. Denn das Wesen der Gewerkschaften ist die Selbsthilfe, das vornehmste Prinzip des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ war aber die Staatshilfe. Später wurde, durch den sogenannten „Staatsstreik“ Schwelger's, die berufliche Gliederung wieder aufgehoben und sämtliche Berufe in „Arbeiterunterstützungsverbände“,

mit örtlichen Unterarten und distanzlichen Postmägen des Präsidenten Schwelger, zusammengefaßt. Damit waren die Schwelger'schen Gewerkschaftsgründungen vollständig zu einer Parteieinrichtung geworden.

Waren die Schwelger'schen Gewerkschaften „gegründet“, so ließen Bebel-Giebtsch, die andere Gewerkschaftsform, die Gewerkschaftsorganisationen organisieren und zum Ausdruck unter dem Einfluß der Fortschrittspartei stehenden Arbeiterbildungsvereine, die etwa seit 1867 unter den Einfluß August Bebel's gekommen waren, herauszuwachsen. 1868 entwarf Bebel ein Musterstatut für die Gewerkschaften, das sich zwar im allgemeinen an die Internationale Arbeiter-Association*) anlehnte, das Wesen der Gewerkschaften viel klarer als die Kassalle'sche Richtung erkannte, aber doch waren auch diese Organisationen mehr oder weniger Parteianhängel, waren selbständige gewerkschaftliche Organisationen.

Neben diesen mehr oder weniger politischen Anhängeln waren dann noch die bereits erwähnten Berufsverbände der Tabakarbeiter, Schneider und der Buchdrucker, die mehr auf der Grundlage der englischen Trades unions errichtet waren, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht wie die englischen Trades unions totalistisch, sondern zentralistisch-föderativen Charakters waren.

So sehen wir in dem ersten Jahrzehnt des Wiederwachsens des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens ein buntes Durcheinander von Verbänden und Anerkennung, von Förderung und Hemmungen des Gewerkschaftsgedankens; leben aber auch von einer anderen Gruppe ein Suchen und Ringen um Selbstständigkeit und Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens und Herausarbeitung seiner wirklichen Probleme.

*) Ueber die internationale Arbeiter-Association siehe: Kaustky, Die Inauguraladresse. S. J. W. Dieb, 1922. — C. A., Nr. 5, 1924, S. 246 ff.

genossenschaftlichen Wirtschaftsführung ihre unzweifelhaft überlegenheit gegenüber der privatwirtschaftlichen sicher.

Drum müssen die Verbraucher, und im besonderen die gewerkschaftlich organisierten und bewußt sozialistisch denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre im einzelnen gering gefühlte Wirtschaftskraft geschloffen in die Wagchale der genossenschaftlichen Organisation werfen, mit gleicher Energie wie auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete auch auf dem genossenschaftlichen, dem Ziele der Gemeinschaft, zutreiben. Darin gelingt's!

Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung.

Der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, hat im Auftrage der Verwaltungsausschusskommission ein Gutachten zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung vorgelegt, das vor kurzem auch in Buchform erschienen ist. Seine Vorschläge verdienen große Beachtung. Sie enthalten vieles, was von der Arbeitnehmerenschaft gebilligt werden kann, andererseits werden seine Anregungen in vielen Punkten energig bekämpft werden müssen, besonders dort, wo er aus Sparmaßnahmen wesentliche Herabminderung der Leistungen der Sozialversicherung vorschlägt. Es muß an dem Grundsatz festgehalten werden, daß, je schlechter die allgemeine Wirtschaftslage und damit die Lebenshaltung der Arbeitnehmer ist, um so mehr Ausweg auf Aufrechterhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft durch erhöhte Leistungen der Sozialversicherung geschaffen werden muß.

Dr. Kaufmann faßt keinen „Gesamtumbau“ der Sozialversicherung ins Auge. Die Idee der Schaffung eines Reichssozialamtes sowie von Landes- und Sozialämtern für die gesamte Sozialversicherung und außerdem noch für die Kriegsverletzten- und Kriegerehrenterstützung, was dies von manchen Seiten angefragt wurde, macht er sich nicht zu eigen. Auch möchte er die verschiedenen Versicherungsarten nicht verschmelzen. Dieser Auffassung können wir beipflichten und ebenso dem Grundsatze, daß auf das vorbeugende Hilfsverfahren und die Unfallverhütung das größte Gewicht zu legen ist.

Bei der Krankenversicherung möchte Dr. Kaufmann das Krankengeld auf 13 Wochen herabsetzen, das Wochenlohn aber von 10 auf 8 Wochen (dafür soll Stillsitzen sämtliche Wädnerinnen gewährt werden). Bei einem Einkommen von monatlich über 200 Mk. soll die Weiterversicherung nicht erlaubt werden, eine Maßnahme, die für die Angestellten äußerst hart wäre. Bei der Unfallversicherung will Dr. Kaufmann bei einer 20prozent. Erwerbsbeschränkung überhaupt keine Rente gewähren, bei Erwerbsbeschränkung bis 50 Prozent nur eine ganz geringe Rente, da die Beschädigten nach seiner Meinung in der Regel den Tariflohn erhalten. Was erpart wurde, soll den Schwerbeschädigten zugutekommen. Die Unfallversicherungsbeiträge sollen bereits vor Ablauf der Wartezeit — 13 Wochen — die Frühbehandlung übernehmen. — Bei der Invalidenversicherung schlägt er eine Anzahl Herabsetzungen der Leistungen vor, damit die gegenwärtige Rentenlast von jährlich ungefähr 250 Millionen Mark verringert werde. Dem noch nicht invaliden 65jährigen Mann soll nur die halbe Jahresrente als Altersrente gezahlt werden. Der Bezug der Rinderzuschüsse und der Waisenrente ist wieder wie früher nur bis zum 15. Lebensjahre zu gewähren. Eine Invalidenheimpflege, die heute den Lungentranken usw. im Erholungsheim gewährt wird und im übrigen kaum eine Million Mark im Jahr beansprucht, soll eingestellt werden. Die Schaffung eines Referatsbundes ist anzustreben, um über die Zeit der Wirtschaftskrise, wo infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Beiträge sinken, hinwegzukommen.

Die Angestelltenversicherung soll zwar bestehen bleiben, sie soll aber der Invalidenversicherung stärker angelehnt werden durch gemeinsame Leberwachung der Beitragsleistung und der Rentenempfang und durch Unterstellung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unter die Aufsicht des Reichsversicherungsamtes.

Auf dem Gebiet der Organisation verlangt Dr. Kaufmann, wie erwähnt, keine Vereinigung der Versicherungsträger, sondern den weiteren Ausbau ihrer organisatorischen Annäherung. Die gegenwärtig bestehenden Interessen- und Arbeitsgemein-

schaften zwischen den Versicherungsträgern sollen eine öffentliche Gestalt gewinnen und zur Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Behandlung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten sowie zur Leberwahrung der einheitlichen Beitragsentrichtung benutzt werden. Um neue örtliche Hilfsstellen zu erhalten, sollen die jetzigen Versicherungsbüro unter Erweiterung der Bezirke umgebaut werden.

Das Versicherungsamt soll demnach sowohl Aufsichtsbefugnisse wie Bindigkeit zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern werden.

Zur deutschen Zollpolitik.

Der Zolltarif und die Handelsvertragsverhandlungen. Die deutschen Arbeitnehmer müssen auf der Hut sein, damit es ihnen nicht ergeht wie ihren österreichischen Genossen. Zur Führung der Handelsvertragsverhandlung braucht man einen „allgemeinen“ Zolltarif. In den Zolltarif stellt man hohe Sätze ein, die dann im Laufe der Verhandlungen gegen Zugeständnisse von Seiten der anderen Partei ermäßigt werden. Deshalb besteht die Regierung darauf, daß die Sätze des allgemeinen Zolltarifs hoch sind, damit man eine „Waffe“ in der Hand hat, die bei den Verhandlungen ausgenützt werden soll. Solange sich die anderen Staaten mit hohen Zolltarifen zu den Verhandlungen begeben, kann man der eigenen Regierung diese Waffe für die Verhandlungen schwerlich verweigern. Sie kann nämlich unter Umständen den Abschluß der Handelsverträge und dadurch die Ausfichten der so nötigen Ausfuhr erleichtern. Nun besteht aber die große Gefahr, daß erstens die hohen Sätze bei den Verhandlungen nicht oder nicht genug herabgesetzt werden, und zweitens, daß, falls es nicht gelingt, mit sämtlichen wichtigen Ländern rechtzeitig einen Handelsvertrag abzuschließen, die hohen Sätze des allgemeinen Zolltarifs gegenüber den Ländern ohne Handelsvertrag in Kraft treten. So hat z. B. die österreichische sozialdemokratische Partei die Annahme des neuen allgemeinen Zolltarifs mit seinen hohen Zollsätzen nicht verhinert, da sie den Unterhändlern diese Waffe nicht entziehen wollte. Sie handelte in der Annahme, daß der „allgemeine“ Zolltarif vorerst nicht in Kraft treten wird. Die Regierung wird jedoch gleichzeitig mit den wenigen inzwischen abgeschlossenen Handelsverträgen auch den allgemeinen Zolltarif am 1. Januar in Wirksamkeit setzen. Das wird aber die Teuerung noch weiter steigern, die Produktionskosten werden sich erhöhen und damit wird die Lage der Ausfuhrindustrie auch mehr erschwert. So kann das Gesamtziel dessen eintreten, was von der sozialdemokratischen Partei beabsichtigt war, und die Arbeitslosigkeit wird, statt zu sinken, sich noch weiter erhöhen.

Die hohen Zinsen und die Zölle. Wenn man die Wirkungen der hohen Zölle betrachtet, so muß für Deutschland folgender Umstand besonders berücksichtigt werden. Der Zollschutz verteuert die Preise. Unter normalen Umständen kann aber diese Verteuerung zum Teil dadurch ausgeglichen werden, daß neue Unternehmungen mit Rücksicht auf den Schutz Zoll und die dadurch gegebene Minderkraft der Gewinne entstehen, die mit den alten in einen Konkurrenzkampf treten können. Auf diese Weise kann die Ermäßigung der Warenpreise erfolgen. In diesem Falle wird der Schutz Zoll zu einem Teil vom Verbraucher getragen. Anstatt der hohen Kapitalzinsen kann man aber heute in Deutschland mit Neuanlagen auf dem Gebiet der geschützten Industrien nicht rechnen. Die Unternehmer können daher die übermäßigen Gewinne aus den Schutzzöllen ausnützen, ohne Gefahr zu laufen, daß ihnen eine Konkurrenz ersicht.

Wer trägt die Zölle? Wenn die Landwirtschaft und die Schwerindustrie hohe Schutzzölle fordern, so verstoßen sie die Verbraucher damit, daß die Zölle doch nicht ganz von ihnen getragen werden, sondern vom Ausland, das seine Waren mit Rücksicht auf die Zölle und unter dem Druck des Konkurrenzkampfes billiger liefern wird, und deshalb auch die inländischen Erzeuger nur diese billigen Preise berechnen können. Für die Landwirtschaft ist die Unrichtigkeit dieser Behauptung von maßgebender Seite wiederholt bewiesen worden. Es ließ sich leicht feststellen, daß vor dem Kriege, als Agrarzölle in Deutschland bestanden, die deutschen Verbraucher für den ganzen Schutzholl aufkommen mußten. Bei der gegenwärtigen (schlechten) Weltgetreideernte, wo die Konkurrenz des überseeischen Getreides gering ist und russisches Getreide kaum zur Ausfuhr geeignet würde dies noch sicherer eintreten. Was aber die Schwer-

industrie anbelangt, so hat sie gelegentlich der Verhandlungen mit der französischen Schwerindustrie selbst ein Zeugnis davon abgelegt, wie ernst es ihr mit diesem Argument ist. Die deutsche Schwerindustrie hat sich bereit erklärt, jährlich eine Million Tonnen lothringischen Eisens unmittelbar zu übernehmen und der deutschen weiterverarbeitenden Industrie zu verkaufen. Auf diese Weise sollen zwei Millionen mit einer Klappe getroffen werden: die deutsche Schwerindustrie erhält ein Monopol für die Inlandsversorgung und schaltet die Konkurrenz der französischen Eisenindustrie aus, außerdem aber soll durch dieses Zugeständnis der Widerstand Frankreichs gegen die wesentliche Erhöhung des deutschen Eisenzolls beschwichtigt werden. Nun soll aber die Schwerindustrie die Verpflichtung übernehmen haben, der lothringischen Eisenindustrie für ihre nach Deutschland verkauften Produkte Preise zu zahlen, die den ganzen deutschen Eisenzoll enthalten, ja, sie hat sich bereit erklärt, der lothringischen Industrie die Differenz zwischen den deutschen Preisen ohne Zoll und den Weltmarktpreisen zurückzuerstatten. Die inländischen Preise werden daher um den ganzen Betrag des Eisenzolls verteuert.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1923.

Nach dem im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlichten Jahresbericht stellt sich die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften von 1922 auf 1923 in folgender Weise dar:

Verbände	Mitglieder		Verlust		
	Ende 1922	Ende 1923		%	
Auarbeiter	59 286	40 082	19 154	32,8	
Verarbeiter	141 016	184 241	6 775	4,8	
Buchdrucker	2 804	2 608	296	10,6	
Fabrikarbeiter	126 281	88 689	37 692	29,8	
Gasthausangestellte	18 627	16 798	2 829	15,2	
Arbeits öffentl. Betr.	27 848	24 182	6 235	22,8	
Graphiker	6 002	4 980	1 072	17,9	
Hausangestellte	5 000	4 642	358	7,2	
Heimarbeiterinnen	8 789	6 918	1 871	21,3	
Holzarbeiter	45 260	28 122	17 138	37,9	
Kranenpfeiler*	8 069	—	—	—	
Landarbeiter	104 844	77 808	26 976	25,9	
Lehrarbeiter	16 814	14 600	1 814	11,1	
Maler	8 722	8 006	716	19,2	
Metallarbeiter	228 406	191 656	36 750	16,1	
Nahrungsmittelarb.	21 802	12 820	8 982	42,2	
Schneider	26 697	18 954	7 743	29,0	
Tafelarbeiter	44 785	28 415	21 370	47,7	
Textilarbeiter	144 504	115 761	28 743	19,9	
		1 088 506	808 092	226 514	21,9

* Der Verband der Kranenpfeiler ist Ende 1922 zum Verband der Kleinmetzger öffentlicher Betriebe übergetreten.

Die christlichen Gewerkschaften haben also in ähnlicher Weise für die Gewerkschaften des ADGB an Mitgliedern verloren: Daß ihr Verlust mit 21,9 Proz. um ein Geringes hinter dem unfrigen von 26,5 Proz. zurückbleibt, will wenig besagen angesichts des Umfanges, daß sie unter der kommunistischen Zerlegungsbewegung wenig zu leiden hatten. Wenn in ihren Kreisen sehr stark von einer Gewerkschaftskrise geschrieben wird, so gilt dies für sie kaum weniger als für uns. Es handelt sich aber nicht um eine Gewerkschaftskrise, sondern um eine allgemeine politische und wirtschaftliche Krise, die in begrenztem Maße auch die Gewerkschaften in Mitleidenchaft gezogen hat. Je eher die Gewerkschaften darüber hinwegkommen, desto besser ist es für die deutsche Arbeiterchaft.

Steuerreform und Kapitalansammlung.

Der Reichsbankepräsident hat jüngst darüber gesprochen, daß sich zwar die Spartapitalien in den Banken im Laufe des Jahres 1924 verdoppelt hätten und gegenwärtig 6 1/2 Milliarden Goldmark betragen, daß aber diese Kapitalien für die Versorgung der Wirtschaft nicht ausreichen und deshalb die Ansammlung neuer Kapitalien notwendig sei. Dies ist in der Tat notwendig, selbst wenn wir dessen bewußt sind, daß die großen Kapitalien, die vor dem Kriege bei den Banken lagen — sie werden mit 40 bis 45 Milliarden

Einer der bedeutendsten Köpfe dieser letzteren Gruppe war der Tischler Theodor Vort aus Harburg, dessen Todesstag am 1. Januar 1925 sich zum 50. Male jährte.

Der Mann Vorts war, die bestehenden Gewerkschaften aller Richtungen in beruflicher Gliederung zu Zentralverbänden zu vereinigen, sie aus der politischen Abhängigkeit der beiden sozialistischen Parteien zu befreien, ein einheitliches Unterstützungssystem für alle Verbände zu schaffen, die Arbeitstämpfe planmäßig zu führen und die beruflichen gewerkschaftlichen Betätigungen dem englischen Vorbilde damit näher anzupassen. Die einzelnen Verbände sollten in einer gemeinsamen Zentralfstelle, der „Union“, zusammengefaßt werden, ein jährlicher Unionskongreß und eine eigene Gewerkschaftszeitung sollten weiter den Interessen der Gewerkschaften dienen. Die Ideen Vorts fanden teils Widerspruch, teils auch Zustimmung. Auch Bebel, der den Niedergang der Gewerkschaften auch auf den Parteistreit zurückführte, sprach sich im „Vorksaat“ für eine politisch neutrale Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung aus, denn in den Gewerkschaften komme den Massen das Klassenbewußtsein, sie lernten den Kampf mit der Kapitalmacht führen und würden ohne Zutun auch zu Sozialisten. Die „Union“ dürfe aber kein allgemeiner Wirtscholl sein, sondern eine Organisation nach Gewerken. Nach einem Aufruf Vorts im April 1871 befaßte sich auch der Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Dresden im August 1871 mit den Ideen von Vort. Es fand eine Sonderberatung der anwesenden Gewerkschaftsvertreter statt, und auf Antrag Bebel wurde ein Komitee zur weiteren Verfolgung des Vort'schen Planes eingesetzt. Schließlich gelang es Vort, einen Gewerkschaftskongreß zu Ende zu bringen, der vom 15. bis 17. Juni 1872 in Erfurt tagte und von 51. Abgeordneten mit 65 Mandaten besetzt war, die 11 368 Arbeiter vertraten. Die Grundanschauung seiner Gedanken legte Vort in folgender Resolution nieder, die auch einstimmig angenommen wurde:

„An Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel, ob sie konservativ, fortschrittlich-liberal oder sozialistisch ist, gleich sehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongreß es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, allen Parteihaber beiseite zu setzen und auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingung eines erfolgreichen, kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erlangen.“

Insbesondere aber haben die verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern und spricht der Kongreß sein Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einen gegenläufigen Befehl gegeben hat.“

Die Verwirklichung dieser Resolution und auch der Union stieß auf mancherlei Schwierigkeiten bei den einzelnen Gewerkschaften selbst und wurde auch durch politische Schikane beeinträchtigt. Anfang 1874 verwickelte Vort seinen Plan mit dem Gewerkschaftsblatt und monatlich erscheinende „Die Union“. Eine lebhaftere Agitation setzte damit ein. Im selben Jahre fand auch wieder ein Unionskongreß statt. In Magdeburg am 23. bis 25. Juni. Es herrschte auf diesem Kongreß eine ziemlich lebereinstimmung mit den Vort'schen Auffassungen über die politische Neutralität in den Gewerkschaften. Aber einerseits durch den Tod Vorts am 1. Januar 1875, andererseits durch ein allgemeines Streben der Arbeiterchaft nach politischer Einigung wurden die Ideen Vorts nicht weiter entwickelt, und das weige, was Vort bis zu seinem Tode aufgebaut hatte, verfiel ebenfalls wieder der Auflösung.

Wenn auch die Vort'schen Überlegungen in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage und dem später folgenden Sozialistengeh sich nicht auswirken konnten, so hat dieser einfache Arbeiter doch sehr viel zur theoretischen Klärung der Ideologien der damaligen Arbeiterwelt bei-

getragen. Als die Gewerkschaften nach dem Falle des Sozialistengehies sich 1892 für einen Neuaufbau der Gewerkschaften zu entscheiden hatten, da waren es zum guten Teil Vort'sche Gedankengänge, die verwirklicht wurden: Berufliche Gliederung der Gesamtarbeiterchaft, zentralistisches System der einzelnen Verbände, eine gemeinsame Spitze aller Verbände (General-Kommission), ein gemeinsames gewerkschaftliches Zentralorgan (Correspondenzblatt) und die periodischen Gewerkschaftskongresse.

In der Klärung und Fortentwicklung der übrigen Probleme der damaligen Zeit hatte Vort ebenfalls hervorragenden Anteil. Zur Entscheidung standen folgende Hauptprobleme:

1. Sollen die Gewerkschaften Anhängsel der Parteien bilden oder selbständige, von Parteien unabhängige Organisationen werden;
2. Sind die Gewerkschaften notwendig im sozialen und wirtschaftlichen Emanzipationskampf;
3. Ist das Laifalische Eberne Lohngesetz wirklich ein unabhängiges Naturgesetz oder ist vielmehr die Marx'sche Lohntheorie richtig;
4. Ist die Sozialpolitik ein Mittel zur Befreiung des Proletariats, oder ist die Aufhebung der Laifalleaner richtig, daß man die Sozialpolitik dem Staat nicht überlassen dürfe, da dadurch nur die ganze Arbeiterchaft unter Polizeiaufsicht gestellt würde.

Diese vier Hauptprobleme, die heute längst entschieden sind, bewegen das Denken im ersten Jahrzehnt einer nach Kristallisationspunkten suchenden deutschen Arbeiterbewegung. Und in diesem geistigen Ringen war der Tischler Theodor Vort einer der Harbickendsten Köpfe. Darum ist es Pflicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung, seiner an seinem 50. Todestage zu gedenken.

Literatur: Müller, Geschichte der Gewerkschaften bis 1878. — Auerbach, Marx und die Gewerkschaften. — Zwing, Geschichte der freien Gewerkschaften.

Markt angegeben — zum größten Teil nicht als Betriebskapital, sondern zu Anlagezwecken verwendet worden sind, und selbst wenn wir die ausländischen Kredite, auf die wir auch im Jahre 1925 rechnen können, berücksichtigen. Trotzdem kann sich niemand der Notwendigkeit der Kapitalansammlung (akkumulation) zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Wirtschaft verschließen. Kapitalien müssen erspart, das heißt dem unmittelbaren Verbrauch entzogen und für die Herstellung von Produktionsmitteln verwendet werden. Es fragt sich nur, wie die Kapitalansammlung erfolgen soll. Die Unternehmer fordern Steuern, die sie so wenig belasten, daß für die notwendige Kapitalakkumulation noch viele Kapitalien übrigbleiben. Es ist allerdings erforderlich, bei einer jeden Steuerreform auch darauf zu achten, in welchem Maße die Steuern die Kapitalansammlung beeinflussen. Man muß sich aber auf das energischste dagegen verwahren, daß die Lebenshaltung der Arbeitnehmer unter dem Vorwand der Kapitalakkumulation dadurch vermindert werde, daß sie allein für die Steuerbeiträge aufkommen müssen. Man darf nicht dulden, daß unter dem Titel der Kapitalakkumulation die heutige System der Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern erhalten bleibt. Durch niedrige Löhne und hohe Preise tragen die Arbeitnehmer ohnehin ihren guten Teil zur Kapitalakkumulation bei. Sie müssen ihren Verbrauch ohnehin übermäßig einschränken, damit den Unternehmern Kapitalien erspart bleiben. Das ist, was die Volkswirtschaftler als „erzwungene Akkumulation“ bezeichnen, das heißt: die Arbeitnehmer sparen für die Unternehmer, ihre Entbehrungen ermöglichen die Kapitalansammlung. Ist eine noch größere Steigerung der Kapitalansammlung notwendig, so gibt es dafür andere Wege: durch Verbesserung und Verbilligung der Produktion soll der Verbrauch im Inland und der Absatz im Ausland soweit ausgedehnt werden, daß den Unternehmern, selbst wenn die Löhne erhöht und die Preise herabgesetzt werden, noch Gewinne übrigbleiben. Auf diese Weise wäre eine Kapitalansammlung möglich, die nicht gleichzeitig mit Raubbau an Gesundheit und Kraft der Arbeitnehmerhaft einhergeht. Und dies ist mindestens ebenso notwendig wie die Beschränkung der Kapitalansammlung.

Gewerkschaftskampf vor 100 Jahren.

Der Kampf des arbeitenden Volkes um sein wirtschaftliches Recht hat in Deutschland noch keine lange Geschichte. Die eigentlichen Anfänge dieser Geschichte finden wir erst in den Jahren vor 1848, doch hat die folgende Reaktion auch diese Anfänge vielfach wieder aufgeblüht. Anders in England. Dort finden wir die Vorgeschichte auch unserer Bewegung. Und gerade die Zeit vor 100 Jahren enthält dort das bedeutendste Geschehen jenes organisatorischen Anfangs.

Jener Zeit um 1824/25 war die Periode vorausgegangen, die unter dem Einfluß des bekannten Nationalökonomten Adam Smith stand. Smith hatte in seinem „Reichum der Nationen“ die Lehre von der wirtschaftlichen Freiheit verstanden, und dieser Grundgedanke der Freiheit forderte nach der Aufkündigung der damaligen Welt die Befreiung aller Vereinigungen, die insdane waren, sie zu beeinträchtigen. Die Folge dieser geistigen Einstellung war das Gesetz von 1799, das allgemein jede Verbindung verbot und für strafbar erklärte, die Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber. Während jedoch für die Arbeiter Gefängnisstrafen angedroht waren, konnten die Arbeitgeber nur mit geringen Geldstrafen belegt werden. Eine weitere Erschwerung bedeuteten für die Arbeitnehmer noch die Folgeerscheinungen des Friedens von 1815. Zwar brachte der Friede eine Herabsetzung der Preise, doch auch zugleich eine außerordentliche Herabdrückung der Löhne.

In dieser schweren Bedrückung erstanden den Arbeitern zwei Helfer in den Personen des früheren Schneidermeisters Plate, der sein Geschäft seinem Sohne übergab, um ganz der Arbeiterfrage leben zu können, und des Parlamentsmitglieds Hume. Beide setzten in den Jahren 1824/25 die Aufhebung der ganzen Serie von Gesetzen gegen die Arbeiterverbindungen durch, wodurch diese Zeit, gerade vor 100 Jahren, zur bedeutendsten für die Arbeiterbewegung in jener ganzen ersten Periode der Gewerkschaftsbewegung wurde.

Eine Art von Verbindung unter Arbeitern wurde allerdings schon früher stillschweigend geduldet, der Zusammenschluß zur Durchführung von bestehenden Gesetzen, doch waren Arbeiterverbindungen, die selbständige Bestimmung der Löhne und Arbeitsbedingungen erstrebten, streng verboten. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß zum Erkämpfen besserer Löhne und Arbeitsbedingungen galt als politisches Verbrechen und wurde als solches bestraft, während ein Zusammenschluß der Arbeitgeber nur als industrielles Vergehen angesehen und dementsprechend milde mit Strafe angedroht wurde.

Es ist bezeichnend für den starken Drang nach organisatorischem Zusammenschluß, daß die Arbeiterhaft schon damals in jenem ersten industriellen Werden solche Verfolgungen im Interesse ihrer Kampfgenossenschaft erduldeten. Fischer, Hutmacher, Eisenhämmer wurden wegen verbotener Verbindung verfolgt. Fünf Buchdrucker wurden wegen „Verbrüderung“ verurteilt. zehn Kattundrucker erhielten wegen ihrer gewerkschaftlichen Zusammenkunft 3 Monate Gefängnis. Auch eine ganze Anzahl Baumwollspinner wurden zu Gefängnis verurteilt, weil sie sich organisiert hatten. Nur von einer Bestrafung der Arbeitgeber merkte man nichts, obwohl auch da Verbindungen bestanden.

Aber jene Jahre der Unterdrückung des Organisationsgedankens vor dem historischen Jahre 1825 waren zugleich Jahre, die die sozialistische Treue der Arbeiterhaft so recht erstreben ließen. Die einen unterstützten die anderen, das eine Gewerbe das andere. In allen Rechnungslegungen der Organisationen jener Zeit, soweit sie uns erhalten sind, finden wir Eintragungen von Beträgen, die zur Unterstützung von Kämpfen in anderen Gewerben verwandt waren. Ein Gedanke, der heute selbst den Arbeitgebern begreiflich ist, jedoch vom Unternehmertum damals nicht verstanden wurde. Daß die Londoner Schneider den Webern in Glasgow erbot, daß die Goldschläger den Seilern Geld zu senden wagten, schien dem Mittelstande wie dem Unternehmertum geradezu ein Verbrechen.

Es ist das große Ereignis des Jahres 1825, daß dieser Verfolgung durch neue Gesetze ein Ende bereitet wurde. Zum ersten Male wurde in der Welt im englischen Gesetze vom Jahre 1825 das Recht des organisatorischen Zusammenschlusses, das organisatorische Recht auf Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen und auf Streit ausdrücklich öffentlich festgestellt, ein Ereignis, das der gewerkschaftlichen Bewegung damals einen großartigen Antriebsgab. Von einem „Francismus für Gewerkschaftsgründungen“ schrieb das „Sheffield Iris“ vom 12. Juli 1825. Und wenn das Jahr 1825 auch mit einer wirtschaftlichen Panik schloß und wenn auch von 1825 bis 1829 ein wirtschaftlicher Tiefstand vorherrschte und wenn auch noch Kämpfe über Kämpfe in der gewerkschaftlichen Entwicklung bestanden: das Jahr 1825 mit seiner offiziellen Anerkennung des lange erkämpften Rechts auf organisatorischen Zusammenschluß ist für die Gewerkschaftsbewegung ein historisches Jahr. Zu gewaltiger Höhe wuchs der Gedanke in diesem Jahrhundert. Das gesetzliche Recht ward in diesem Jahrhundert wirtschaftliche und sittliche Pflicht. G. S.

Gewerkschaftsbewegung und Aufstieg.

Der „Krisis der Arbeiterbewegung“ hat der Breslauer Professor Eugen Rosenfeldt eine Broschüre gewidmet. Die Gewerkschaftsbewegung kann nach ihm keine durchschlagende Forderung geben. Sie ist in ihr Schicksal verflochten. Sie ist sozusagen eine Erscheinung im „Untergang des Abendlandes“.

Ist die freie Gewerkschaftsbewegung diese Verfallserscheinung? Ist der Tag gekommen, wo die Aufgabe, die zu lösen ist, in die Hände der Unternehmerschaft zurückgelegt wird, wie Prof. Rosenfeldt verkündet?

Wenn man liest, was Rosenfeldt von einer Organisation, der die Zukunft gehört, verlangt, dann scheint es unsehbar, daß solche Organisation die der Unternehmer sein soll.

Lebendige Zukunft wird nämlich — und darin hat Prof. Rosenfeldt völlig recht — nicht errungen, wo nur Disziplin herrscht. Die Disziplin nur erfüllt sein von frischem Kulturgeist und von strebender Seele. Rosenfeldt sagt ganz recht, daß das fremde Wort Struktur deutlicher sagt, was nötig ist und was uns nach Rosenfeldt fehlen soll. „Struktur ist nämlich“, sagt Rosenfeldt, „Ordnung lebendiger Glieder zu einem Bau, in dem jeder Mensch — lebensvoll und veranlagungsfähig wie eine Seele ist — vom Geist ganz umschmolzen und ganz eingeschmolzen wird zu einer einigartigen Bestimmung und Leistung für die Gemeinschaft.“

Über das soll die „Struktur“ des Unternehmertums sein? Das wird außer Prof. Rosenfeldt selber niemand glauben. Aber wohl fühlen wir in uns diesen lebendigen Geist. Wer jedoch mit nüchternen Augen nur unseren äußeren Zusammenschluß sieht und mit kaltem Sinn nur unsere organisatorische Arbeit erkennt, der merkt nichts von der Kulturseele dahinter, die nur mitzufühlen und mitzulieben ist. Die Tat, das Opfer, die Solidarität, geboren aus einem glühenden Glauben an ein Neues, Besseres, Höheres, sind der lebendige Beweis dafür, daß die freie Gewerkschaftsbewegung von strebenden Hirnen und von warmen Herzen getragen ist. Die Seele unseres Kampfes ist ein freudiger Kulturlaube, der da sogar so stark ist, daß er die Verwirklichung dieser Kultur nur auf einem neuen wirtschaftlichen Boden zu erkennen vermag. Wo solch revolutionäre Geistigkeit vorhanden, da ist die Zukunft; aber wahrhaftig nicht und nie nimmer beim Unternehmertum, das nichts, aber auch gar nichts als seine selbstfüchtigen Herreninteressen kennt.

Nur das Volk ist nach Goethe „das Depot, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergängen und aufrischen“. Und vor diesem im Volk, wie es sich im Gewerkschaftskampf verbunden hat, keine Zukunft mehr sieht, dem ist die Zukunft überhaupt verschlossen, der beweist nur, daß er selber ein sterbendes Glied am wachsenden Baum der Zukunft ist.

Anatole France.

In den verschiedensten Werken Anatole Frances sind seine Gedanken über die soziale Frage streut. In der „Bibliothèque socialiste“ erschien 1904 eine Auswahl verschiedener Schriften und Reden Anatole Frances unter dem Titel: „Opinions Sociales“ (Soziale Meinungen). Aus dieser Sammlung haben wir einiges überseht, was Frances Ansichten über Staat und Gesellschaft und seine Zuversicht in den Sieg des Proletariats wiedergibt.

„... Der Sieg des Proletariats ist sicher. Was ihn verzögern kann, sind viel weniger die ungeordneten Anforderungen unserer Gegner als unsere eigenen Spaltungen und die Unbestimmtheit unserer Methode. Er ist sicher, weil die Natur der Dinge an sich und die Lebensbedingungen ihn fordern und vorbereiten. Er wird methodisch, überlegt, harmonisch sein. Er ist in der Welt schon vorgezeichnet mit der unbeugsamen Strenge einer geometrischen Konstruktion.“

„... Ich werde den neuen Staat nicht mehr sehen. Alle Veränderungen, sowohl in der Gesellschaftsordnung wie in der Natur vollziehen sich langsam, fast unmerklich. Geschehen auch die gesellschaftlichen Umwandlungen unmerklich und unauffällig. Der ängstliche Mensch fürchtet, wie eine drohende Sündflut, eine Veränderung, die schon vor seiner Geburt einsetzte, die sich vor seinen Augen vollzieht, ohne daß er sie wahrnimmt und die erst in einem Jahrhundert fühlbar werden wird.“

„... Das, was den Staat heute widerwärtig macht, ist, daß er am Privateigentum nagt, daß er feilt und schabt, wenig nach den Fesseln und stark nach den Dürftigen schnappt. Das macht ihn unerträglich. Er ist gierig, Er hat Bedürfnisse. In meiner Republik wird er wunschlos sein wie der Bötler. Er wird alles haben und nichts. Wir werden ihn nicht spüren, denn er wird eins mit uns sein und wird sich von uns nicht unterscheiden. Er wird sein als wäre er nicht. Und während du glaubst, daß ich die einzelnen dem Staat, das Leben einem Begriff opfere, so ist es vielmehr der Begriff, den ich der Wirklichkeit unterordne, der Staat, den ich unterdrücke, indem ich ihn mit aller sozialen Tätigkeit gleichsetze.“

„... Mein Traum, der durchaus nicht mein Eigentum ist und der in diesem Augenblick von tausend und aber tausend Seelen geträumt wird — ist wahr und prophetisch. Jede Gesellschaft, deren Organe nicht mehr den Funktionen entsprechen, für die sie geschaffen wurden, und deren Mitglieder nicht mehr auf Grund der von ihnen verrichteten Aufgaben Arbeit ernährt werden, stirbt. Schwere Erschütterungen, tiefgreifende Unordnung geben diesem Ende voraus und kündigen es an. Die feudale Gesellschaft war stark bestiftet. Als aber die Geistlichkeit aufhörte, in ihr das Wissen zu verkörpern und der Adel nicht mehr mit seinem Degen den Adersmann und den Handwerker beschützte, als jene beiden Stände zu aufgedunsenen und schädlichen Gliedern wurden, ging der ganze Körper zugrunde; eine unvorhergesehene und notwendige Revolution raffte den Kranken hinweg. Wer kann behaupten, daß in der heutigen Gesellschaft die Organe ihren Aufgaben genügen und daß alle Glieder im Verhältnis zu der von ihnen geleisteten umbringenden Arbeit ernährt werden? Wer kann behaupten, daß der Besitz gerecht verteilt ist? Wer kann letzten Endes an eine Dauer dieser Ungerechtigkeit glauben?“

Der ideale Gewerkschaftsangehülte.

Die „Metallarbeiterzeitung“ fand im vorigen Jahre in mehreren Blättern das folgende Inserat, das in einer Eisenbahnzeitung Südafrikas als Antwort auf Anrempelungen der Mitglieder gegen ihren Angestellten veröffentlicht worden sein soll. Das Ding scheint auch heute noch zeitgemäß.

Gesucht ein Sekretär.

Zur Neubesetzung obigen Postens wird ein aufrichtiger, mit allen Qualitäten gewandelter Mensch gesucht.

Er muß auf eine lebenslange Erfahrung auf den Gebieten des Eisenbahnbetriebes zurückblicken können und gleichzeitig ein junger, tatkräftiger Draufgänger sein. Er muß bereit sein, 18 Stunden jeden Tag zu arbeiten und an allen Sonn- und Feiertagen Veranlassungen beizuwohnen.

Er muß außerordentliche Anlagen zum Volkstredner besitzen, ferner genaue Kenntnisse der Gesetze wie ein Rechtsanwaltschaft. Ebenso muß er in der Lage sein, alle verwickelten Fragen sofort und schlagfertig zu beantworten. Er muß ein ausgeprochenes Journalistisches Talent besitzen und zur Herausgabe eines Fachblattes, in dem er alle Zeitungsbeurteilungen und Korrespondenzen widerlegen soll, befähigt sein. Hierbei muß er darauf bedacht sein, die Mitglieder der Union zufriedenzustellen und seinen Arbeitgebern zu gefallen.

Er muß gewärtig sein, ausgenutzt, verleumdet und belogen zu werden, ohne daß er erwidern oder die erhaltenen Hiebe zurückgeben dürfte. Gleichzeitig muß er sich die Achtung aller bis zum letzten Strafanfängen zu sichern und zu wahren wissen. Jede gegen ihn erhobene Klage, komme sie von wem sie wolle und sei sie anonymer oder öffentlich, wird als äußerst belästigend betrachtet. ...

Bewerber müssen ferner befähigt sein, es bei jeder Streikbewegung dahin zu bringen, daß a) im Falle von Streiks unseren Häftlingen erlaubt wird, als Führer aufzutreten; b) daß es diesen sogenannten Führern ermöglicht wird, zu entkommen und zu lauern, daß sie in einen solchen Standpunkt vertreten haben; c) daß in allen solchen Fällen der Bewerber allein Tadel auf sich nehmen und die ganze verdräufliche Geschichte verurteilen wird.

Das Anfangsgehalt beträgt 10 Pfund Sterling monatlich, abzüglich die Gewerkschaftsbewegung einen Mann braucht, der 1000 Pfund Sterling pro Jahr wert ist. Bewerber muß wissen, daß seine Fähigkeiten von jedem Mitglied für etwa 2½ Schilling den Monat beansprucht werden können.

Wenn das Wollen mit dem Können, wenn der Wille mit der Tat paaren sich von früh bis spät, dann, nur dann gedeiht die Saat.

Abrechnungen.

Vom 29. Dezember bis 3. Januar gingen bei der Hauptkasse ein:

Gau 9: Hannover 1500 Mk.

Berlin, den 3. Januar 1924. H. Sobahl.

Literatur.

Der Arbeiter-Verenheit. Offizielles Organ des Arbeiter-Ebene-Bundes für das deutsche Sprachgebiet. Erscheint monatlich einmal. Jahresabgabepreis 1.60 Mk. Geschäftsstelle des Bundes, Leipzig-Donnerberg, Bebelstr. 10, Berl.

Die Gewerkschaft. Organ der Gewerkschaft für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Herausgeber monatlich 60 Pf. Verlag S. O. S. Dieb. Kachelofen, Berlin, Lindenstr. 3.

Die Frauenwelt erscheint monatlich. Ausgabe A ohne Schnittmusterbogen 30 Pf., Ausgabe B mit vollständigen Schnittmusterbogen 40 Pf., je Heft. Die „Frauenwelt“ kann von allen Buchhandlungen und Postämtern bezogen werden. Jedes Heft enthält eine färb- bis farbige Modestoffen, jedes Heft die Weltzeitung „Aberland“.

Die Gewerkschaft. Internationale Zeitschrift für Sozialismus und Volkswirtschaft. Herausgeber Dr. Rud. Hilferding. Erscheint monatlich. Abgabepreis 3.00 Mk., Vierteljährlich 8.00 Mk. Verlag S. O. S. Dieb. Kachelofen, Berlin, Lindenstr. 3.

Werte und Würde der deutschen Sozialpolitik. Ein Wort zu ihrer Rolle. Von Dr. Emil van den Boorn. Volkswirtschafts-Verlag, M. Glabach.

Briefkasten.

W. in Gera. Nicht bezahlt. A. in Eisenach. Jedes Exemplar der „Frauenwelt“ kostet monatlich 3 Pf. Sie hätten also in diesem Falle 90 Pf. für Ihre Sendung zu zahlen.

Am Neujahrstage entschließ ich mich langem, schmerzlichen Leiden unter lieber Kollegen, der Steinheilsteier
Joseph Schuster
(i. J. G. L. Schreiber) im Alter von 54 Jahren.
Ein ehrenvolles Aukunden befehligt ihn
Die Jahressche Hannover.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg West, Friedrichstr. 16. Fernsprecher: Amt 1816 und 1824. Verlag: H. Sobahl, Charlottenburg. — Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW. 6.